

Übder Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

(Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Übder Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannastraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petzzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 105.

Mittwoch den 7. Mai 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Übder Volksbotes“.)

Berlin, den 5. Mai 1902.
Der Reichstag ehrte am Montag das Andenken seines bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe von Dötzsch ums Leben gekommenen Mitgliedes, des nationalliberalen Abg. Friedel. Herr Friedel war an Stelle des Augsburger Oberbürgermeisters von Fischer im März 1900 in Bayreuth gewählt worden und bald darauf in den Reichstag eingetreten. Er war kaum allen seinen Parteifreunden bekannt, denn diese Reise nach Berlin, die seine Todesreise wurde, war die erste, die ihn zu den Arbeiten des Parlaments führen sollte. Während sein tragisches Geschick noch von den Abgeordneten besprochen wurde, war man bereits mitten in der Tagesordnung.

Sang- und klänglos wurde die Zollabstimmung vorgelegt in dritter Lesung und in der Gesamtabschaffung gegen unsere Stimmen, die der beiden freisinnigen Gruppen und die der Antisemiten angetreten. Das Eisenbahnunglück wirkte auch infosofern noch auf die Sitzung ein, als der zweite Gegenstand, die Militärdienstleistung der deutschen Kolonisten in den Schützenkämpfen, von der Tagesordnung abgesetzt werden musste, weil der nationalliberale Abgeordnete Dr. Hesse, der einen Antrag zu dieser Vorlage stellen wollte, sich in dem verunglückten Zuge befunden hatte und telegraphisch um Verschiebung der Angelegenheit ersuchte. Dann wurde die zweite Beratung des Toleranzantrages zu Ende geführt. Unsere Fraktion hatte ihren Antrag auf Fortfall des Religionsunterrichts in allen, der allgemeinen Erziehung dienenden öffentlichen Schulen präziser gefasst. In trefflicher Rede vertheidigte ihn Bebel, von Künert unterstützt gegen die Angriffe des nationalliberalen Abg. Dr. Hieber, der die Befürchtung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen als eine Forderung der Intoleranz und der Religionsfeindlichkeit verdächtigen wollte. Auch die armatische Meisterschaft des Herrn Richter galt es abzuwehren, der unserer Fraktion Vorchristen darüber machen wollte, wen sie als Redner und wie oft sie Redner vorzuschicken hätte. Das Ergebnis der Abstimmung war die Annahme der Kommissionssatzung. Unser Antrag wurde abgelehnt; aber auch der Antrag Schrader, der eine kleine Verbesserung des Kommissionsschlusses darstellte, wurde abgelehnt; aus Konvenienz für das Zentrum stimmten selbst Herr Richter und die Seinigen gegen diesen freisinnigen Antrag. Abgelehnt wurde noch ein Antrag der Polen, der in Hinblick auf die Vorgänge in Wreschen den Kindern den Religionsunterricht in der Schule und der Muttersprache sichern wollte. Ratscher, als vorauszusehen war, wurde der Rest des Toleranzantrages erledigt, so daß noch mit der ersten Beratung der Zuckerkonvention und der Novelle zum Zuckersteuergegesetz begonnen werden konnte. Der Reichskanzler, der mit dem Handelsminister Möller, dem Schatzkämmerer und dem Staatssekretär des Auswärtigen zu dieser großen Aktion erschienen war, leitete die Vorlage mit einer längeren Rede ein, in der er der Rechten einige Bückelpflocken reichte, um ihren Widerstand zu brechen und sie davon zu überzeugen, daß nur die Aufhebung der Zuckerprämien die Überproduktion am Rübenzucker eindämmen und den Anstieg an die Brüsseler Konvention den englischen Markt für den deutschen Zucker erhalten könne. Seine Bemühungen waren aber vergeblich. Die Rechten hat es offenbar auf Verschleppung abgesehen: sie hält eine besonders gründliche Durchberatung der Vorlage in einer Kommission für nötig, damit Deutschland sich nicht rechtzeitig der Brüsseler Konvention anschließen kann. Ebenso wie der freisinnige Abg. Wiemer deckte auch der Redner unserer Fraktion, Genosse Wurm, dieses Manöver auf. Die Debatte wurde auf morgen vertagt.

Genosse Wurm hatte in seiner Rede bereits darauf hingewiesen, daß die einzige Möglichkeit, die Rechten zur Annahme der Zuckersteuernovelle zu zwingen, darin besteht, die Schnapsbrenner auf die Annahme der Branntweinsteuervorlage warten zu lassen. Wie richtig diese Taktik war, zeigte der Schluß der Sitzung. Die Branntweininteressenten suchten durch einen plötzlichen Vorstoß den Präsidenten zu zwingen, die Branntweinsteuernovelle bereits auf die Tagesordnung für Dienstag zu setzen. Die Linke opponierte und nach einer heftigen Geschäftsaufnahmesdebatte bezweifelte Richter die Geschäftsfähigkeit des Hauses. Ein Theil der Linken verließ den Saal und die Rechte, das Zentrum und die Nationalliberalen konnten von sich aus keine Mehrheit stellen. Das heutige war beschlußfähig und so blieb es beim Vorschlag des Präsidenten. Der Versuch, die Branntweinsteuernovelle zu forcieren, war gescheitert. Nach diesen Vorgängen ist anzunehmen, daß das Haus eher in die Pfingstferien gehen wird, als noch vor kurzem angenommen wurde.

182 Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratshof: Graf v. Poldowski. Ich habe Ihnen eine et-

schütternde Trauernachricht mitzuteilen. Unser Kollege, das Mitglied des Reichstages Johann Friedel (NL), seit dem 6. März 1900 für den zweiten Wahlkreis Oberfranken, ist heute auf dem Wege von seiner Heimat nach Berlin, wohin er sich als Abgeordneter begeben wollte, durch einen Eisenbahnunfall getötet worden. Wir beklagen auf das Schmerzlichste den Verlust des Heimgezogenen, der auf dem Wege der Pflicht den Tod erlitt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben, ich folktäre das.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die geschäftliche Behandlung des Entwurfs eines Zolltariffs (Dätenvorlage).

Der Entwurf wird debattiert, angenommen, ebenso in der Gesamtabschaffung gegen die Stimmen der beiden freisinnigen Gruppen, der Antisemiten und der Sozialdemokraten.

Zweiter Punkt der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf betreffend Militärdienstleistung bei den Schützen.

Auf Antrag Wassermann (NL) wird dieser Gegenstand von der Tagesordnung abgelebt, weil der Abg. Dr. Hesse, der einen Abänderungsantrag stellen will, durch das Eisenbahnunglück bei Gischtan am Erscheinen verhindert ist.

Hierauf wird die 2. Beratung des Toleranzantrages fortgesetzt.

S 2b bestimmt in der Kommissionssatzung: Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Theilnahme an dem Religionsunterricht oder Gottesdienst einer anderen Religionsgemeinschaft angehalten werden, so in § 2 und § 2a geöffneten Bestimmungen entgegengesetzt (davon nämlich das Religionsbekennnis des Kindes durch Vereinbarung der Eltern eventuell durch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt wird).

Dazu liegt ein Antrag Albrecht (SD) u. Gen. vor, der S 2b durch folgenden S 2b erweitern will: „Der Religionsunterricht kommt in allen Schulen des deutschen Reiches als Unterrichtsgegenstand ausnahmslos in Fortfall.“

Ein Antrag v. Chrzanowski, Dr. v. Komierowski will zu S 2b als Abhängigkeit befügen, daß ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten auch nicht zur Theilnahme an dem nicht in seiner Muttersprache erhaltenen Religionsunterricht angehalten werden darf. Die Entscheidung über die Muttersprache soll den Erziehungsberechtigten zustehen.

Ein Antrag Schrader will in S 2b bestimmen, daß ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Theilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden darf.

Unter Berücksichtigung ihres früheren Antrags beantragen die Abg. Albrecht u. Gen. (SD) weiter: den S 2b durch folgenden S 2b zu erweitern: Der Unterricht in der Religion kommt in allen, der allgemeinen Erziehung dienenden öffentlichen Schulen und in dieser gleichgestellten Anstalten als Unterrichtsgegenstand in Fortfall. Unterricht in der Religion erhalten zu lassen, steht den Erziehungsberechtigten frei.

Schrader (FDP) begründet keinen Antrag. Die Gewissensfreiheit kann nur gewahrt werden, wenn man den staatlichen Zwang ganz aus dem religiösen Leben entfernt.

Dr. Hieber (NL): Wir werden alle drei Anträge ablehnen, da sie einen schweren Eingriff in das Recht der Einzelstaaten bedeuten. Wenn man Religion und Gewissensfreiheit in solchen Gegenseitig, daß ein religiöser Mensch nicht naturwissenschaftlich gebildet sein kann. Die Forderung, den Religionsunterricht von den Privatschulen auszuschließen, bedeutet die krasseste Intoleranz und den größten Eingriff in die Gewissensfreiheit der Eltern. Der Antrag Schrader hat einen zu großen Eingriff in die Gewissensfreiheit des Kindes zur Folge, wir werden auch ihn ablehnen und für die Kommissionssatzung stimmen.

Dr. Bachem (B): Auch wir werden alle Anträge ablehnen. Der Antrag Schrader greift in das Recht der Einzelstaaten. Auch der Antrag der Polen, mit dessen Tendenz wir ja stets einverstanden waren, geht über den Rahmen dieses Gesetzes hinaus. Im Reichstag können wir nicht für den Antrag stimmen, im Abgeordnetenkamm werden wir den Zielen des Antrags niemals zustimmen. Der Antrag Albrecht ist auch in seiner neuen Gestalt für uns unannehmbar.

Graf Bernstorff-Uelzen (Wld) spricht sich für die Kommissionssatzung aus.

Dr. Hieber (NL): Unseren Antrag stellen wir nicht aus Religionsfeindlichkeit, sondern wollen damit im Gegenteil die mögliche Freiheit der Religionsausübung sichern. Der heutige Staat steht prinzipiell auf dem Standpunkt, daß jeder in seiner Façon religiös werden kann; Niemand wird behaupten wollen, daß der preußische Staat nach christlichen Grundsätzen regiert wird, damit flüsse die ganze Militär-, Marine-, Kolonial- und Steuerpolitik in Widerspruch. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Schule den Staatsbürgern nur für sein künftiges Leben auszubilden hat. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß der Staat daraus, daß eine Majorität seiner Bürgerschaft religiös zu einem bestimmten Glaubensbekenntnis gehöre, die Verpflichtung ableitet, daß der Religionsunterricht in diesem Glaubensbekenntnis in die Schule aufzunehmen sei. Auch der Antrag Schrader bestätigt diesen Zwang nicht. Die Verbindung von Moral und Religion ist durchaus falsch; es geht antireligiös: Menschen, die streng nach den Grundsätzen der Moral handeln. Auch wir, die man ja als religiösfeindlich bezeichnet, haben stets auf tolerantesem Standpunkt gestanden. So haben wir auch das Feiertagsgebot stets auf das Schwäche bestimmt. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so werden wir zunächst für den Antrag Schrader stimmen, der wenigstens eine kleine Verbesserung bringt. Auch den Antrag der Polen werden wir unterstützen, denn es ist zweifellos, daß für das Kind die Muttersprache im Unterricht nicht zu erlernen ist. Wir befürworten uns ja immer gegen die Unterdrückungsversuche gegenüber den im Ausland lebenden Deutschen; da müssen wir auch verhindern, im

Innern dasselbe zu thun. „Was Du nicht willst, das man Dir thü, das füg' auch keinem andern zu“, soll nicht nur der Grundzug der privaten Moral, sondern auch der Staatsmoral sein. (Bravo! b. d. Soz.)

Graf Bernstorff-Lauenburg (Wld) spricht sich gegen die Vorlage aus.

Künert (SD): Gegenüber dem Abg. Richter muß ich der Bewunderung Ausdruck geben, daß die freisinnige Volkspartei der wirklich freisinnigen Antrag Schrader verwirkt. Redner weist im weiteren die Angriffe des Abg. Fürst Radziwill zurück, bleibt aber auf der Tabelle unverändert.

Richter (FDP): Ich habe mich aus rein tollischen Gründen gegen alle Abänderungsanträge erklärt, auch gegen den freisinnigen. Ich halte es für parlamentarisch richtig, bei solchen Gelegenheiten nur für solche Anträge einzutreten, die darauf rechnen können, die Mehrheit zu finden. Unmöglich kann bei jeder Gelegenheit das ganze freisinnige Programm zur Durchführung gebracht werden. Die Sozialdemokraten halten durch Stellung unannehmbarer Anträge die Debatte nur auf.

Bebel (SD): Wir richten unser Verhalten natürlich nicht danach ein, ob ein Theil des Hauses die Absicht hat, einen Tag früher mit dem Gesetz fertig zu werden, und müssen auf das Ergebnis jenen Rathschlag des Herrn Richter, wie wir uns in der Debatte zu verhalten haben, abwarten.

In der Abstimmung wird unter Ablehnung aller Anträge S 2b in der Kommissionssatzung angenommen.

S 2c lautet in der Kommissionssatzung:

Nach beendetem 14. Lebensjahr steht dem Kinde die Entscheidung über sein religiöses Bekenntnis zu.

Ein Antrag Hieber (NL) schlägt das 16. Lebensjahr als Entscheidungsalter vor.

Dr. Hieber (NL): In Bozen und Sachsen gilt sogar erst das 21. Lebensjahr als Entscheidungsalter. Über das 16. Jahr könnten wir aber nicht hinausgehen, da die Frau mit dem 16. Lebensjahr ebenso empfindig wird. Es könnte also der Fall eintreten, daß eine Frau zwar über die Religion ihrer Kinder aber nicht über ihre eigene bestimmen kann. Ich bitte Sie daher, meinen Antrag anzunehmen.

Siedthagen (SD): Mit 14 Jahren verläßt das Arbeiterskind die Volksschule und tritt in den meistern Fällen in das Erwerbsleben ein. Da muss es auch im Stande sein, über seine Religion zu bestimmen. Herr Hieber müßte nach seinen Ausschreibungen gegen seinen Antrag stimmen, denn nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann in Ausnahmefällen die Ehemündigkeit auch vor dem 16. Lebensjahr gewährt werden, sodass dann der vom Abg. Hieber angeführte Fall eintreten könnte.

Dr. Hieber (NL): Diese Sophistereien des Herrn Stadttagen können mich in meiner Stellungnahme durchaus nicht beeinflussen.

Vizepräsident Büsing: Der Ausdruck „Sophistereien“ gegenüber einem Abgeordneten entspricht nicht den Geistigenheiten dieses Hauses.

Der Antrag Hieber wird hierauf abgelehnt und der Paragraph unverändert angenommen.

S 3 (Form des Austritts aus einer Religionsgemeinschaft) wird gegen die Stimmen der Rechten unverändert angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die erste Beratung der Zuckerkonvention und der Novelle zum Zuckersteuergegesetz (Herabsetzung der Zuckertaxe von 20 auf 16 Mark).

Reichstagsabgeordneter Graf Bülow: Ich möchte bei Einbringung dieser Vorlage im Namen der Verbündeten Regierungen die Hoffnung aussprechen, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses sich der Annahme der Brüsseler Zuckerkonvention und der Abänderung unserer Zuckerregelung im Anschluß daran geneigt zeigen wird. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten bei Abbruch der Konvention die Interessen der heimischen Zuckerverarbeitung gegenüber dem Ausland nicht genügend gewahrt. Die Konvention soll den Nutzen unserer Zuckerverarbeitung, einer Seite Englands, bedeuten. Diese Vorwürfe sind unbegründet. Die Verbündeten Regierungen waren vor allem bestrebt, die deutsche Zuckerverarbeitung davor zu bewahren, daß ihr das Hauptabsatzgebiet, der englische Markt, verschlossen wird. Die Regierungen sind ferner überzeugt, daß die Landwirtschaft nach Abbruch der Konvention für ihre Rüben lohnendere Kreise erhalten wird, als das jetzt zum Theil der Fall ist. — Für die Notwendigkeit der Abschaffung der Zuckerprämien haben sich bei Beratung des gegenwärtigen Zuckertaxegegesetzes fast alle Parteien angesprochen. So sagte damals Herr v. Puttkamer-Blauth:

„Gern nimmt die Zuckerverarbeitung die Prämien nicht, denn im Gesetz, daß sie unter gleichen Bedingungen mit jeder ausländischen Industrie die Konkurrenz auszuhalten kann, ist es ihr kein angenehmes Gefühl, daß sie hier als Kostgängerin des Staates auftreten muß. Wir wollen die Prämien nur so lange, wie das Ausland eingesetzte oder noch höhere Prämien zahlt.“ Zu ähnlicher Weise äußerten sich die Abgeordneten Dr. Paatzke und v. Standfuß einer einstimmig angenommenen Resolution wurden die Verbündeten Regierungen erachtet, mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß durch internationale Vereinbarungen eine Bekämpfung der Ausfuhrvergünstigungen für Zucker in ähnlichster Weise herbeigeführt würde. — Für Sizilien und Rahmen dieser Direktive haben wir gehandelt, wenn wir uns an der Brüsseler Konvention beteiligt. Indem drohte die Gefahr, daß Frankreich, Belgien und Holland sich auch ohne uns mit England über die Frage der Ausfuhrvergünstigungen verständigen, auch durch ein Separatabkommen günstigere Bedingungen für ihren Zucker erlangen, während wir das Nachsehen gehabt hätten. — Der Einwand, wie würden wir unseren Zuckerkonkurrenten andere Absatzmärkte finden, als den englischen, trägt der schwierigen Lage unserer Zuckerverarbeitung nicht genügend Rechtfertigung. Ohne den englischen Absatzmarkt würde unsere Zuckerverarbeitung geradezu einer Katastrophe entgegengehen. Die verbündeten Regierungen hoffen daher, daß die günstigen Wirkungen der Konvention namentlich auch von der rübenbauenden Landwirtschaft und der Zuckerverarbeitung — allmählich anerkannt werden. (Quiettet lali.) — Die Beauftragten unserer Vertreter in Brüssel, die

Fest des Infrastrukturens der Konvention bis zum 1. September 1904 hinzuwirken, damit sich die heimische Industrie besser den neuen Verhältnissen anpassen könnte, waren leider ohne Erfolg, da nur Österreich-Ungarn auf unserer Seite stand. Die übrigen Vortheile der Konvention erschienen uns jedoch so wesentlich, daß wir schließlich den Infrastrukturren der Konvention bereits am 1. September 1903 zustimmten. — Der Entwurf zu einem neuen Zisterneinstellung enthielt neben der Aufhebung der Kontingentierung und der Betriebssteuer die Herabsetzung der Verbrauchssteuer von 20 auf 16 M. Diese Maßnahme wird sicher zur Hebung des inländischen Zuckerkonsums beitragen. Wir wollen die Verabschiedung der Konvention keineswegs über's Knie brechen, wie uns in durchaus unbegründeter Weise unterstellt worden ist. (Heiterkeit und Unruhe rechts.) Aber vor einer Verschiebung dieser Vorlage würden wir im Interesse des Landes dringend abrufen müssen. Durch eine solche Verschiebung — die unseres Erachtens von keiner Seite tatsächlich berücksichtigt wird, (Lachen links) — würde eine Benutzung entstehen, die auf die ganze weitere Behandlung der Materie im Inlande und Auslande sehr ungünstig einwirken würde. (Gelächter sehr richtig! links.) — Dem Appell, den das hohe Haus vor sechs Jahren an uns richtete, sind wir nachgekommen. Wenn auch Russland, die Vereinigten Staaten und die englischen Kolonien der Brüsseler Konvention nicht beigetreten sind, so ist dieselbe doch unterzeichnet worden von unseren bisherigen Hauptkonsortienten auf dem Weltmarkt und andererseits hat uns England hinsichtlich der Gleichstellung seines Kolonialzuders mit dem Zucker der Vertragstaaten wesentliche Zugeständnisse gemacht. Daher glaubten die verbündeten Regierungen die Verantwortung für ein Scheitern der Konvention nicht übernehmen zu können. Nunmehr steht die Verantwortung für das Zustandekommen der Brüsseler Konvention, soweit das deutsche Reich in Frage kommt, auf diesem hohen Hause. Im Interesse der Gewinnung und des Gedächtnis unserer Zuckerindustrie, dieses wichtigsten Zweiges unserer landwirtschaftlichen Abteilungen, glaube ich dies hohe Haus bitten zu sollen, zur Brüsseler Konvention seine Zustimmung zu erteilen. (Beifall)

Dr. Becker (B.) beantragt im Namen seiner politischen Freunde Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Dr. Wiedermann (B.) : Obwohl wir sonst genötigt sind, in entschiedene Opposition zur Regierung zu treten, freuen wir uns, in der vorliegenden Frage uns mit ihr zu positiver Arbeit einzutun zu können. Wir haben das Ergebnis der Brüsseler Konvention mit Genugtuung begrüßt, es handelt sich bei ihr keineswegs um einen Sieg Englands über deutsche Interessen. Die deutsche Zuckerindustrie leidet unter einer Überproduktion, welche durch die Maßnahmen der Gesetzgebung hervorgerufen ist. Wir freuen uns, daß diese Überstände von der Regierung und hoffentlich auch vom Reichstag anerkannt werden. Von diesem Standpunkt aus könnten wir auch allen Einzelheiten der Vorlage zu, wenn wir auch nicht damit einverstanden sind, daß in der Begründung von einer Kontingentierung in reiner Form die Riede ist. Die Hebung des Zuckerkonsums ist das einzige Heilmittel für die Zuckerindustrie. Mit dem Überzoll von 6 M. sind wir volle gebungenen Freiheit eingerichtet; hoffentlich wird er genügen, den gemeinschaftlichen Zuckerkartell den Boden in Deutschland zu entziehen. Auch mit Herauslegung der Verbrauchsabgabe auf 16 M. sind wir einverstanden. Vor allem wünschen wir, daß die Konvention sobald als möglich in Kraft trete. Ich wider spreche deshalb dem Vorschlag, die Vorlage auf einer eingehenden Kommissionsberatung zu unterziehen. Wir stehen vor einer fait accompli. Hierüber kann sich der Reichstag ohne Weiteres klar machen. Ich zweife nicht daran, daß ich die Mehrheit des Reichstags auf den Boden der Vorlage feststellen wird, die uns gefundene Verhältnisse soviel und mit dem Kreis des Zuckerkartells aufzuheben. (Bravo! links.)

v. Ledebur (B.) : Keine politischen Freunde wünschen dringend die Kommissionsberatung. (Lachen, Gelächter rechts; Applaus.) Die Tragweite der Vorlage läßt sich durchaus noch nicht übersehen. Wenn erwünscht wird, daß die Vorlage den Rücken schwer belastet, werden wir nicht dafür zu haben sein. Ob eine solche Erhöhung zu erwarten ist, kann erst nach gründlicher Beratung in der Kommission weiter hinzuzeichnung von Schadensfolgen entschieden werden. Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Büttner (SD.) : Eine Kommissionsberatung wird zu keinen Rauhreis der Vorlage viel röhren föhren. In dem Ratshaus der Zuckerindustrie wird nichts geschehen und wenn Sie 5 Jahre in der Kommission seien. (Sehr gut! links) Sie (noch rechts) wollen jetzt die Zukunftssicherung herabsetzen, weil Sie eingeschüchtert sind, daß mir ja der Kommissar gehörig werden kann, gleichzeitig aber wollen Sie die Exportprämie erhöhen! Die Zuckerregierung ist ein Komprobant, das seine Erteilung der Kapazitätsrichtlinien kontrolliert. Die Vorlage bietet nun endlich die Möglichkeit, den Zuckerbau zu heben, und das ist wünschenswert, da der Zucker ein verhältnismäßiges Reizmittel ist. Bezeichnend war heute die Entschuldigung des Reichstagszellers; obwohl er eine Vorlage zu Gunsten der Allgemeinheit vertrat, ja er sich doch genötigt, sich bei den Agrariern zu entschuldigen. (Sehr richtig! links.) Die Prämienwürdigkeit war überhaupt nur möglich, weil das Land noch solche Prämienverträge hat, wie leider auch wir. (Beifall bei den Sozialen.) Im letzten Jahre sind neben den Brüderen 75 Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler für die Zuckerindustrie herausgeholt worden, mit den 30 Mill. Mark Brüderen macht das eine Brüderlese von 105 Millionen Mark. Der Aufzehrung hat 10 M. bei jedem Pfund Zucker gejährt. Wie weit die politische Recht der Zuckerindustrie bei uns seit, wird sich klar werden bei der gründlichen Durchsichtung, die die Herren da darüber dem Seitz ja Thiel werden lassen wollen. (Sehr gut! links). Gerade in den Zuckerkartellen sind bei ehemals die Arbeiter nach Prämien ausgebessert. Die erforderlichen Höhe werden gezahlt bei Dividenden von 40 Prozent. Salziger und Soier werden ins Land gelassen, um die Qualität zu drücken, trotzdem auch später noch die Dividende 20 bis 30 Prozent bringen. — Bei der Erhebung der Arbeitsmarktpolitik war es die Zuckerindustriellen, die die meiste Vergütungserhöhung erhalten, ja wurden sie auch Jahre von dem Seitz der Republik nicht betroffen. Und wie ist die Bedeutung der Zuckerindustriellen behauptet? Die Räuberherrschaft gab gerechtfertigt werden. Damit ist nur das erste Land, das Räuberherrschaft etabliert und was ist es auch vorgekommen, dass ein Seitz zu klagen, um sie wieder abzuschaffen. (St. Narthe rechts). Räuberherrschaft ist ja zu befürchten, daß es das Eigentum gefügt, das ganze Zuckermonopol zu verhindern. Das wäre keinerlei Schädigung des Brüderlese gegenüber den Arbeitern der Räuberherrschaft. (Sehr richtig! links.) Man weiß ja, daß das Recht ist, daß die Brüderlese eine soziale Brüderlese ist. Ein solches Recht hat eine Erhöhung der Brüderlesebedingungen zur Folge und es ist aus recht heraus, wenn darüber die Brüderlese etwas von dem Seitz der Räuberherrschaft erhöht wird, wenn die Brüderlese entsprechend einer sozialen Erhöhung erhöht wird, wenn die Brüderlese nicht erhöht wird. Da der Brüderlesearbeiter liegt der Brüderlese so viel hoch, wenn man nicht richtig vorgegangen, dann kann der Seitz falsch sein. Diese Brüderlese keine Räuberherrschaft. Dann müßten Sie (noch rechts) jetzt die Räuberherrschaft unterstützen. Sie müssen eine solche Erhöhung der Brüderlese, damit das soll von dem Brüderlesearbeiter, das Sie (noch rechts) jetzt haben werden. (Beifall bei den Sozialen, geläufige Lachen rechts.)

a. Kardorff (B.) : Ihr Name seiner Freunde steht in der Übersetzung zu die Räuberherrschaft ist richtig. Die ganze Zei-

terie ist viel zu kompliziert, als daß sie im Plenum erledigt werden könnte. Darauf müßten wir wohl lang debattieren.

Darauf wird von der Linken ein Antrag auf Vertragung eingereicht. Für denselben erheben sich die Sozialdemokraten, Freiheitlichen und Nationalliberalen. Auf der Linken entsteht große Bewegung. Abg. Richter ruft dem Centrum zu: Das ist gegen die Abrede! (Große Unruhe im Centrum.) Endlich erklärt Präsident Graf Ballerup, nachdem er sich eingehend mit den Christlichern besprochen hat: "Das Bureau ist einig, daß die Mehrheit steht. Der Vertragungsantrag ist angenommen." (Vehemente Bewegung.)

Präsident Graf Ballerup bekommt die nächste Sitzung auf Dienstag 1 Uhr mit folgender Tagesordnung: Dritte Bezeichnung des Gesetzesvorschlages über den Militärdienst bei den Schutzeinheiten; Fortsetzung der heutigen Beratung; Petitionen.

Der Geschäftsvorstand beantragt die Abg. Sieg (M.P.), v. Kardorff (B.P.) und v. Komierowski (Pole) das Brannweinsteuerergesetz auf die morgige Tagesordnung zu legen.

Bebel (SD.) wider spricht diesem Vorschlag. Zahlreiche Petitionen hatten vor der Vertragung noch ihrer Erledigung den Kommissionsbericht über die Brannweinsteuer ist erst am Sonnabend Abend ausgegeben worden.

Graf v. Hompesch (B.) hältte ebensfalls, es bei dem Vorschlag des Präsidenten zu belassen.

Gamp (M.P.): Die einzige angefochtene Bestimmung des Brannweinsteuerergesetzes kommt erst am Schlusse zur Beratung. (Sehr gut! links)

Richter (F.W.): Es sind mindestens ein Dutzend Bestimmungen in dem Gesetz, die angefochten werden müssen. Im Übrigen wollen wir aus tatsächlichen Gründen nicht den Brannwein vor dem Zucker verschonen lassen. (Aha! und großer Lärm rechts) Gewiß, bei den Herren ist es ja gerade umgekehrt! (Sehr gut! links)

Gamp (M.P.): Wenn wir denken wollten, wie der Abg. Richter, könnten wir eigentlich unsere Beratungen abbrechen. Wir werden aber diese Konsequenz nicht ziehen, sondern auch an dem Brannweinsteuerergesetz loyal mitarbeiten.

Präsident Graf Ballerup: Ich werde, da Widerspruch gegen die vorgeschlagene Tagesordnung erhoben worden ist, abstimmen lassen.

Richter (F.W.): Ich beweise die Geschäftsfähigkeit des Hauses. (Große Unruhe)

Der Kommandeur ergibt die Anwesenheit von 162 Mitgliedern, das heißt ist also bezeichnungslos. (Ruhig rechts: Weil die Linke hinausgegangen ist.)

Es bleibt demnach bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Schluß 6½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Auf dem Rückzuge! Im Annoneventh (!!!) der "Eisenbahn-Zeitung" veröffentlicht der Vorstand des Vereins der Freiheitlichen Volkspartei dies Fazit:

In letzter Versammlung wurde von einem Gäste angeregt, den Prinzen Heinrich von Preußen als gemeinschaftlichen bürgerlichen Reichstagkandidaten aufzustellen.

Die heutige Vorstanderversammlung hat es abgelehnt, dieser Anregung Folge zu leisten.

Lübeck, 4. Mai 1902.

So schon hätte der Vorstand der Freiheitlichen Volkspartei nur früher sein sollen, dann hätte er sich die ganze Blamage erspart. Utrecht ist es aber, wenn man jetzt dem genialen Wienandt für seinen "hübschen Einfall" alle Schuld allein aufzutragen will, wie die "Frei. Ztg." fortgesetzt krampfhaft bemüht ist. Warum hat man Wienandt mit seinem "Schwindel" nicht gleich absallen lassen, sondern den "tollen Einfall" ernsthafte diskutiert? Vielleicht beantwortet uns der Vorstand der Freiheitlichen Volkspartei oder die "Fr. Ztg." diese sehr berechtigte Frage.

Neben die Verhandlung Bülow's mit Prinetti, dem italienischen Minister des Innern, in Wien bringt die "Korrespondenz des Handelsvertragsvereins" folgende Mitteilung aus Rom: Die Handelsverträge sollen bis zum Ende des Jahres 1904 verlängert werden. Dies soll in Zukunft alljährlich geschehen, falls nicht irgendwelche rechtzeitig ein neuer Vertrag zu Stande kommt. Die Regierungen verpflichten sich, auch keinerlei formelle Kündigung der geltenden Verträge vorzunehmen, bis nicht die neuen, im Prinzip und auch in den wichtigsten Grundlinien, festgelegt sind. Man will demzufolge die Einleitung der offiziellen Verhandlungen für die Handelsverträge hinauszögern und damit Zeit gewinnen, damit besonders einerseits die Regelung der Zollfragen zwischen Österreich und Ungarn erfolgen, andererseits die deutsche Regierung sich mit dem Reichstag definitiv über die Grundlagen eines neuen Vertrages einständigen könne. Nach der Erneuerung des Dreibundes, die unmittelbar bevorsteht, soll dann eine besondere Vereinbarung geschlossen werden, welche obige Grundsätze entfällt und bestimmt, daß die Möglichkeit einer Verlängerung von Jahr zu Jahr bis zum Zusammekommen neuer Verträge ebenso lange dauern soll, als der Dreibund, nämlich bis 31. Dezember 1909. — Die Nachricht bedarf noch der Bestätigung.

Ein furchtbare Eisenbahn-Unglück ereignete sich am Montag Morgen in aller Frühe zwischen Leipzig und Delitzsch, bei Zschortau. Ursache dieses der Tendenz entgleiste der 347 Uhr von Leipzig nach Berlin abgegangene D-Zug. Von den Reisenden wurden 2 getötet, 3 schwer und 4 leicht verletzt. Die Schütteln sind der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Bierbrauer Johann Friedl aus Oberfeuerstein und eine Frau d' Hirsch. Friedl verteidigt im Straßburg den zweiten oberhessischen Wahlkreis, Bayreuth. Getötet sind Maria Leber-Berlin, Marie Utterberg-Berlin, Lilli Barnes-Dresden, Charlotte Döring-Bitterfeld, Max Detlef-Berlin. Einer der Getöteten, Paul Baudelli aus Polen, ist auf seinem Sessel in das Leipziger Leinenhaus überführt worden, die anderen befinden sich im Krankenhaus zu Delitzsch. Der Zug im Fünfzehnminutenintervall bei dem Unfall in einer Hängebrücke und kam mit einer Brücke am Kopf davon. Die sechzehnjährige Charlotte Döring, Tochter eines Bananenimporteurs in Bitterfeld, erlitt eine Verstauchung am Rücken und die Magdeburger Lilli Barnes, zuletzt in Dresden

einen Knochenbruch. Die Wagen waren zum Glück schwach besetzt. Der bayerische Landtags- und Reichstagsabgeordnete Ritter v. Lammer (B.) wurde durch einen Hufschlag getötet. Von Leipzig und Delitzsch ging sofort ein Hülfszug mit Arzten, Helfern und Sanitätern sowie ein Rettungszug der Feuerwehr nach der Unglücksstätte. Die ganze Größe des Unglücks läßt sich noch gar nicht übersehen. Der Verkehr wird vorläufig durch Umleitungen aufrecht erhalten. Die Station Zschortau erlangte bereits 1871 eine traurige Berühmtheit durch Entgleisung eines Militärzuges, damals fanden 17 aus Frankreich heimkehrende Landwehrleute ihren Tod.

Kleine politische Nachrichten Die deutsche Marine ist von einem Unfall betroffen worden. Montag Nachmittag prahlte auf dem Torpedoboot "S 51" ein Befehl zur Wachheit. Ein Maschinisten und ein Oberfeuerwache schwer verwundet — Zu dem Vorgehen der Waffen in Braunschweig bringt das "B. T." eine beweiskräftige Nachricht: "Ein zweiter braunschweigischer Richter, Unterrichter Adolf Debelius, Sohn des Landgerichtspräsidenten Debelius, veröffentlicht gleichfalls einen öffentlichen Schrift an den Präsidenten gegen die Haltung der Regierung und der Justizkommission des Reichstages in der Wehrfrage; er beschreibt die Abschaffung des angestammten Herrscherhauses als höchst und bestreitet, daß für die Braunschweiger irgend eine Unterordnungslösung gegenüber dem Deutschen Kaiser besteht. Die Ausführungen rufen in allen Kreisen außerordentliches Aufsehen hervor."

Zu militärischen Kreisen soll man jetzt, der "Welt am Montag" zufolge, immer mehr zu der Ansicht neigen, daß die Unterordnung bestreift des eigentlich Mörderischen Präsidenten v. Kreisig's von vornherein in falschen Bahnen gelenkt wurde. Das Eingreifen der Berliner Polizei habe sich nicht als förderlich erwiesen. Man verzichtete vorläufig auf weitere Nachforschungen; wenn in dieser Beziehung indes noch irgend etwas geschieht, wird man sich zunächst mit den privaten Beziehungen und Beziehungen v. Kreisig eingehend beschäftigen. Es hat lange gebraucht, bis dem Militärtum dieser Geisenhauer aufgegangen ist. — Sowohl die vorgeschlagene Verbündung der Tabak- und Zigarrenzölle wie das Tabakmonopol wurden Sonnabend vom schwedischen Reichstage abgelehnt. — König Wilhelm von Hollland ist am Sonntag Abend vorzeitig entzogen worden. Es wurde die künftige Geburt herbeigeführt, die mehrere Stunden erforderte. Der Zustand ist befriedigend und z. B. keine Gefahr mehr vorhanden. Ein deutscher Volkstag sollte am Sonntag Abend in Wien abgehalten werden; die Versammlung wurde jedoch von Hängern Schönerers gesprengt. Als Abg. Wolf die Freiheitsansprache begann, wurde er von den Schlägereien zwischen beiden Parteien. Nunmehr erklärte der amtierende Polizeipräsident die Versammlung für geschlossen. Vor der Sicherheitswache den Saal räumen konnte, folgten neuelebige Zusammenstöße. — In dem Lager bei Oerlenbach (Ungarn), wo sich ein Infanterieregiment und eine Artillerie befindet, explodierte Sonntag in Folge einer Unvorsichtigkeit eines Soldaten ein Artilleriegeschütz. Durch die Explosion wurden zwei Unterpioniere getötet und einer schwer verwundet. — 12 polnische Geistliche in Warschau, die sich weigerten, den Religionsunterricht in russischer Sprache zu ertheilen, wurden Sonntag von der Kanzel herab verhext. — Als Borelson auf wird berichtet: Die Sozialisten veranstalteten Sonntag am Grab der bei den Unruhen im Vorjahr Erschossenen einen Kundgebung. Die Polizei zerstreute die Ansammlungen und nahm 28 Verhaftungen vor. — Das neue Anarchiegeley der Vereinigten Staaten ist zum ersten Mal gegen zwei Männer, Namens Barth Kropf und Solomon W. Hillis, angewendet worden. Die genannten werden bei der Altgold-Gedächtnissfeier am 3. April in Cooper Union von dem Detektiv Guido W. Buck verhext, weil sie Birkolate ohne Lizenz vertrieben hatten. Der Polizeirechtslehrer legte die Bürgschaft für Jeden auf 2000 Dollar fest. — Die Einwanderung nimmt in New York einen gewaltigen Umfang an. Seit dem Beginn des Jahres sind 30000 Personen mehr als in irgend einer gleichen Periode früherer Jahre eingewandert. Der beste Gradmesser für die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa! — San Domingo, die Hauptstadt der Dominikanischen Republik, ist ansteigend in den Händen der Rebellen.

Dänemark.

Wegen angeblicher Ansichtslosigkeit erklärte, einer Wolfschen Drahtzug zufolge, die Generalversammlung der vereinigten Arbeiterverbände nach siebenstündiger Sitzung den Austritt der Hafenarbeiter, Seefahrer und Heizer für beendet. Die Kopenhagener Hafenarbeiter, die genannte Vereinigung nicht angehören, würden, mit Ausnahme der Hafenarbeiter, von obigem Beschluss nicht berührt. — Bestätigung der offiziösen Nachricht bleibt abzuwarten.

Schweiz.

Einen großen Erfolg erzielten Sonntag unsere Geisnossen in Basel. Es gelang ihnen, wenn auch erst im zweiten Wahlgange, Genfse Büllschlegel mit 5261 Stimmen in die Regierung des Kantons zu wählen. Die Basler Regierung besteht nunmehr aus 4 Freiheitlichen, 2 Konservativen und einem Sozialdemokraten. — Bei den Großratswahlen siegte die freiheitlich-konservative Kompromißliste. Gewählt sind 70 Freiheitliche, 35 Konservative, 3 Ultramontane und 22 Sozialdemokraten.

Russland.

Das Standrecht wurde nach dem "Reichsan" in fünf Kreisen des Gouvernements Potsdam proklamiert, wo bekanntlich neulich Bauernunruhen ausgetragen sind. Mit Ausnahmegesetzen kann jeder Schafsführer regieren. Dadurch wird die Quellen des Übels nicht verstopt.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Lord Kitchener sendet eine jener rätselhaft gehaltenen Depeschen, welche stets englisches Unglück andeuten. Er meldet: Der Feind bedient sich mit Erfolg des Dynamits gegen die Blockhäuser. Die letzten Gefechte waren sehr erbittert. hm, hm! — Feldmarschall Lord Wolseley erklärte einem Vertreter des "Daily Express", die Briten seien nicht einschiffbar sie nachgehen sollten. Er glaubte nicht, daß sie die Bedingungen annehmen würden, so lange sie nicht ihre Ziele erreicht hätten. Der Interviewer vermutet, daß Wolseley mit seiner zweiten Bemerkung die Amnestie für die Koprebellen meinte, auf welche die Befehlshaber nicht verzichten wollten.

Versammlung der Bürgerschaft am Montag, den 5. Mai.

J. St. Um 10 Uhr 20 Min. wird die Versammlung von dem gewählten Führer Rabé eröffnet.

Der ständige Senatskommissar Senator Dr. Blessing macht einige gesetzliche Mitteilungen; zu diesen eracht Müh-sam, daß das Senatsdebet betr. Aufhebung der Beamtenfunktion durch Druck vervielfältigt und alsdann zum Gegenstand der Diskussion in einer der nächsten Versammlungen gemacht werde.

Der 1. Punkt der Tagesordnung: Erlass eines Gesetzes, betreffend die Hinterrichtung und Überhebung von Verkehrsabgaben auf dem Elbe-Trave-Kanal wird debattiert.

Beim Senatsantrag auf Gewährung einer Staatsbeihilfe zur Sicherung des Fortbestehens der von Großheim'schen Privat-Meile erläutert

Baethke sich mit dem Senatsantrag einverstanden.

Derselbe wird sodann angenommen.

Einem Senatsantrag auf Schängung des Staatszuschusses zu den Kosten der Stadtbibliothek wird gleichfalls zugestimmt.

Beim Senatsantrag: Erlass eines zweiten Nachtrages zur Bauordnung vom 16. Mai 1881 begrüßt

Stender die Vorlage mit Freuden; jedoch könnte er nicht umhin, die in letzter Zeit vom Polizeiamt und Senat beliebte Auslegung des § 10 des Gesetzes vom 15. Juli 1889 zu rügen. Nach letzterer Meinung sei das Gesetz nicht klar ausgedrückt; man möge demselben eine solche Fassung geben, daß die Beamten es auch verstehen. Die Bauhandwerker verstehten es allerdings heute schon, die Beamten aber nicht. (Gr. Heiterkeit.) Redner beantragt eine Änderung dieser gesetzlichen Bestimmungen.

Rosenquist wittert in dieser Auslegung eine neue Einnahmestelle. So habe ein Grundbesitzer für einen Dispens 400 M. bezahlen müssen.

Senator Dr. Blessing bestreitet in Abwehrtheit des Senators Dr. Schön, daß das Gesetz falsch ausgelegt werde.

Dr. Blech spricht sich für eine passifere Fassung des Antrages Stender aus, damit der Bürgerausschuß eine Handhabe erhalten.

J. H. Evers: Die Baubehörde wechselt ihre Praxis; wie es in der letzten Zeit recht häufig geschahen ist. Eine solche Gesetzesauslegung ist bedenklich.

Senator Dr. Schön bedauert, daß er anfangs verhindert gewesen sei. Redner tritt den Vorendern, soweit verständlich, entgegen.

Schwarzkopf wünscht Klärstellung; 13 Jahre habe man die Bekanntmachungen nach einem gleichen Schema gehandhabt, jetzt aber ändere man plötzlich die Praxis!

Senator Dr. Schön bleibt unverständlich.

Stender bestimmt nochmals seinen Antrag. Im Uebrigen empfiehlt Redner, beim Erlass von Gesetzen Major's Konservationslexikon zur Hand zu nehmen, damit erst jedes Fremdwort verdeckt werden könne. (Heiterkeit!) So finde sich in dem fraglichen Gesetz der Ausdruck: Beronda, ein spanisches Wort. Der § 16 sei für ihn sehr klar, die Baupolizei und der Senat aber könne ihn nicht verstehen. (Gr. Heiterkeit)

Senator Dr. Schön bleibt am Berichterstattertische unverständlich.

Dr. Bendix ist für Überweisung des Antrages Stender an den Bürgerausschuß.

Nach einer kurzen Bemerkung von Rosenquist wird der Senatsantrag angenommen und der Antrag Stender dem Bürgerausschuß überwiesen.

Beim Punkt: Neuregulierung von Straßenzügen in der Stadt und Erhöhung einer Straßbau-Angabe von den Anliegern liegen 2 Eingaben von Hubert und Genossen und vom Haus- und Grundbesitzerverein vor.

Dobberstein: Wenn die hier zur Beratung stehende Vorlage für sämtliche Straßen der Stadt gelten sollte, dann würde dieselbe wohl von tief entscheidender Bedeutung sein. Hier handele es sich aber u. A. um ein Ueberbleibsel der geschichtlichen Entwicklung unserer Stadt. Redner empfiehlt, daß das hinter den Häusern an der Mauer befindliche Hinterland zum Ausgleich der zu entzündenden Flächen dienen solle. Das sei im Gesetzesentwurf nicht vorgesehen. Des Ferneren wendet sich Redner gegen die Rechnung der Straßenausgabe nach den Fronten der Häuser. Es sei für eine eingehende Prüfung der ganzen Angelegenheit.

Stender: Es handelt sich bei dieser Vorlage für die Stadt um ein neues, für die Vorstädte um ein altes Prinzip. Ich bin damit einverstanden, daß auch die Anlieger mit zu den Straßenausgaben beitragen. Auch mit dem Preis bin ich einverstanden. Dagegen ist der Austausch des Staatsareals unabdingt erforderlich. Nicht einverstanden erklären kann ich mich mit dem festgesetzten Preis von 286 000 M. Ich bitte um Annahme meines Antrages. Auch die Straßenausgabe, resp. der u. S. Erhöhung ist ungerecht.

Otte spricht sich in längeren Ausführungen für den Stenderischen Antrag aus. Er sieht dem Prinzip wohlwollend gegenüber. Auch die Frontberechnung halte er für nicht richtig.

Senator Wolpmann: Die neue Straße wird zum größten Theil im Interesse der Anlieger hergestellt, deshalb müssen auch die Lechteren stärker zu den Kosten herangezogen werden.

Rosenquist fragt an, wann man nur bis zur Hauptstraße und nicht bis zum Mühlenthor gegangen sei.

Buchwald konstatiert, daß sich alle Redner im Prinzip für die Sache ausgesprochen haben.

Pape wendet sich gegen Buchwald. Es handelt sich hier lediglich um den Anteil an den Kosten zu den Pflasterungen; diese Summe beläuft sich aber nur auf 80 000 M., nicht auf 286 000 M. Redner kann sich mit der Preissfestsetzung von 25 M. nicht einverstanden erklären. Es sei auch nicht richtig, daß man die Anlieger entfernter Straßen zu den Kosten heranziehen wolle. Wohin solle das z. B. bei dem Bahnhofsumbau führen, wenn die Anlieger der Lindenstraße z. B. mit zu den Kosten beisteuern sollten. Das würde den Herren Senatoren und Bürgerschaftsmitgliedern recht übel bekommen. (Heiterkeit!) Das Beste ist, wir würden das ganze Gesetz schlankweg ablehnen. (Ah! Ah!) Es ist bedauerlich, daß unsere Kaufleute sich mit solchen Sachen beschäftigen müssen.

Dr. Vermehren wendet sich gegen Pape, der auch keine pünktlichen präzisen Gründe habe vorbringen können.

Die Vorlage wird einer Kommission von 7 Personen, welche zusammenge setzt ist aus: J. H. Evers, Stender, Otte, Dobberstein, Dr. Neumann, Cuvier und Sartori, sowie Rabe, Jetze und Dr. Sommer als Erfüllmänner, überwiesen.

Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft eine Senatsvorlage auf Mitbewilligung der Seiten des Staates bei Errichtung einer hiesigen Privatwohltätigkeitsanstalt zu übernehmenden Verpflichtungen.

Dr. Preis sieht dieser Vorlage freudig gegenüber und dankt dem Stifter für seinen hochherzigen Entschluß. Nur hinsichtlich der Lage der Stiftung kann er sich mit dem Senat nicht einverstanden erklären. Er hält das in Aussicht gezeichnete Terrain zwischen Park und Paulstraße für zu feucht und verweist zum Beweise hier-

für auf jenen seit längerer Zeit in diesem Gebiet vorhandenen See, dessen Ausblick die ganze Gegend schändet. Zugdem müßt in der Vorstadt St. Gertrud schon sehr viel Raum gewichtet werden sei, hoffe er doch, daß man bei ähnlichen Anlässen etwas schneller mit Abholmaßregeln bei der Hand sei.

Senator Dr. Blech verliest die Stiftungsurkunde, aus der hervorgeht, daß es sich um einen im Jahre 1827 in Lübeck geborenen, nunmehr anscheinbar in Lübeck wohnenden Mann handelt. Dieselbe wünscht als Äquivalent für seine Stiftung die Erziehung des von ihm gespendeten Kapitals von 400 000 Mark mit vier Prozent bis an sein Lebensende. Die Zinsen des vom Bau übrig bleibenden Stiftungskapitals sollen dem Staat zu, so daß die an den Stifter zu zahlende Rente sich auf ca. 6500 Mark jährlich belaufen wird. Redner hält mit dem Vorenden den in Vorschlag gebrachten Platz nicht für einwandfrei, empfiehlt vielmehr Namens des Senats jetzt den Platz an der Bergstraße. Von dem Stiftungskapital sind bereits 241 000 Mark auf der Stadtkafe einzugezahlt worden. Redner dankt unter lebhaftem Beifall des Hauses dem Spender für diese Gabe, durch die manche Not und Sorge befreit wird.

Schulz bestreitet die Schichtigkeit der ursprünglich in Aussicht genommenen Fläche Landis.

Der Senatsantrag findet einstimmige Annahme.

Beim Punkt: Ausweisung des zu den Kosten der Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Lübeck zu leistenden Staatszuschusses auf Ausleihemittel bewirkt

Dr. Wichmann, daß s. B. in der Bürgerschaftssitzung vom 19. März vor allen Seiten hörte worden sei, es solle nunmehr schwenkt an die Arbeiten herangetreten werden. Wie aber sehe die Sache in Wirklichkeit aus? Es liegen große Sandhaufen in Brandenbaum und Westoe herum, und zeigen davon, daß dort schon etwas "gebuddelt" worden ist. Weiter aber geschieht nichts. Damals habe man die große Arbeitsnot angeführt und was sei geschehen? Wenigl. heute bestehen noch, wie diese Sache wieder lebt, genau dieselben Verhältnisse, wie vor 20 Jahren. Jetzt spricht man wieder vom Bezahlten. Die Bahn kann sich sehr freuen, daß sie immer Geld bekommt; sie solle aber auch dafür sorgen, daß die Arbeiten vorwärts schreiten. Es sei wünschenswert, daß man auch in Lübeck selbst endlich einmal sehe, daß gebuddelt werde. Weilhalb verabschiede man die ganzen Vorlagen immer nur trocken.

Wrecht erwähnt dem Vorendner, daß die Direktion alles gethan habe, um die Arbeiten zu beschleunigen. Nun sollen aber auf Anordnung des Staates noch Vermessungen etc. seitens der Landespolizei abhördie folgen. Ob es unter diesen Umständen noch möglich sei, in diesem Jahre mit den Arbeiten vorwärts zu kommen, sei sehr zweifelhaft.

Senator Dr. Bleissing (schwer verständlich) schreibt die Verzögerung auf die späte Einreichung der Pläne zurück.

Dr. Wichmann ruft nunmehr, daß so langsame Fortschritte mit den Untersuchungen gemacht werden. Man sieht sich jetzt herauszureden. Ich glaube aber dem Senator keine Entschuldigungen nicht.

Wrecht bemerkt Senator Dr. Bleissing gegenüber, daß die Pläne schon vor längerer Zeit eingebracht worden sind. Seit dem 17. März aber habe er nichts über die Untersuchungen erfahren. (Hört! Hört!) Es müsse in dieser Angelegenheit, da Senator Dr. Bleissing nicht anwesend sei, wohl als sciemwilliger Senatskommissar fungieren.

Senator Dr. Bleissing: Dr. Wichmann ist immer das treibende Element gewesen. (Dr. Wichmann ruft: Gott sei Dank!) Es handele sich bei der Verzögerung nur um 7 Wochen.

Pape schreibt die Schuld an den Versägungen den Beamten zu, welche sich häufig mit neuen Projekten beschäftigen. Hätten diese sich mit den Bahnhofsbauten beschäftigt, dann wären wir heute damit weiter. Es könnte eine ganze Reihe von Fällen anführen, wo seitens der Kaufleute gesündigt worden sei. Zum Schlus wiederholte Redner den von mir in der Bürgerschaft geäußerten Wunsch auf Einführung eines bilden Badezuges nach Travemünde, damit auch die armste Bevölkerung etwas Nutzen von einer Sache, die Millionen erfordert habe, verspüre.

Senator Dr. Bleissing: Den Badezug will ich Direktor Brecht überlassen. Auf die übrigen Ausführungen des Herrn Pape aber bemerke ich, daß die Beamten lediglich im Auftrage des Senats handeln und diese demnach kein Vorwurf trifft.

Nach einigen unwesentlichen Bemerkungen seitens Dr. Wichmann und Buchwald wird der Senatsantrag angenommen.

Als nächster Punkt steht ein Senatsantrag auf Genehmigung zur höheren Befreiung der Grundstücke d. Altenzeithaus-Café um 50 000 M. zur Beratung.

Dahms ruft, daß die Bahnbelebung immer noch mittels Gaslicht erfolge. Die Kosten für elektrische Beleuchtung werden sich auf ca. 10 000 M. belaufen. Dabei könnten diese Auslagen bei einem Theaterneubau sehr gut mit verhandelt werden. Daß die Elektrotechnik diese Einrichtungen in den nächsten 10—20 Jahren als veraltet über Bord werfen würde, sei wohl ausgeschlossen. (Widerspruch.)

Senator Eschenburg bestreitet Vorendner gegenüber, daß eine jetzt hergestellte Anlage auch bei einem Neubau noch verwandt werden könne. Die Elektrotechnik scheint mächtig vorwärts.

Dr. Vermehren bittet, in Abwärt der schwierigen Lage der Eisenbahngesellschaft Leichter nicht mit neuen Ausfällen zu kommen. Was geschehen kann, wird geschehen.

Otte möchte nicht gern so leicht darüber hinweggehen. Vielleicht würde hier später der Staat helfen eingreifen.

Senator Dr. Bleissing bittet, es bei dem Senatsantrage zu belassen.

Dahms hat Informationen bei Fachleuten eingeholt und diese haben ihm bestätigt, daß die Kosten der Anlage 11 000 M. nicht überschreiten würden und daß die Apparate auch später zu verwenden seien. Event. müsse der Director die Anlage bezahlen. (Widerspruch.)

Buchwald verweist darauf, daß die Polizei für die genügende Sicherheit zu sorgen habe.

Dr. Bendix bittet Dahms um Zurücknahme seines Antrages, da doch viele Herren dagegen seien würden.

Nachdem Dahms erklärt, daß es sich nur um ein persönliches Gründchen seinerseits an den Senat gehandelt habe, wird der Senatsantrag angenommen. (Schluß folgt.)

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 6. Mai.

Arbeiterrisiko. Auf dem Dampfer "Adlershorst" erlitt am Montag der Schauermann H. Clausen dadurch einen Unfall, daß ihm beim Uebersezgen einer Stroppe Holz diese über die linke Hand glitt, was ein Aussagen des kleinen

Fingers aus dem Gelenk sowie einen Bruch desselben zur Folge hatte.

Selbstmord oder Unglücksfall? Dienstag Morgen gegen 8½ Uhr starzte der Kaufmann Louis Leyh, Inhaber des Herrngarderoben-Geschäfts Ecke Klingberg und Marlesgrube, aus der 2. Etage seines am Klingberg befindlichen Hauses auf den Hof. Erst nach etwa einer Stunde fand man ihn in sitzender Stellung vor. Der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Bleissing konnte leider nur noch den Tod konstatieren. Die Leiche wies zwei starke Kopfverletzungen auf. Wie verlautet, litt der Unglückliche in letzter Zeit an Schwermuth.

Im Sozialdemokratischen Verein hielt in der am Montag Abend abgehaltenen Mitgliederversammlung der Genosse Bartels einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen etwa einstündigen Vortrag über: "Der neueste Kurs und wohin steuert derselbe?" Diskussion wurde nicht beliebt.

Der Stifter, der in der letzten Bürgerschaftssitzung bestätigten Stiftung zur Begründung von Freiwohnungen für bedürftige Frauen und Jungfrauen aus gebildeten Ständen soll der in Hamburg wohnende Herr Karl Adolph v. Borries sein. Die Stiftung soll denn auch den Namen "v. Borries-Stift" tragen.

Am Barbierkreisen wird uns geschrieben: "In einer der letzten Nummern des "Volkshöfe" erklärt Herr Bieninda eine Erklärung, nach welcher er seinen Gehülfen nicht wegen Lohnunterschieden entlassen hat. Diese Erklärung ist richtig; wie aber kommt es, daß Herr B. sich weitert, seinem neuen Gehülfen gegenüber den Lohnarbeits angeworben? Als nämlich die Lohnkommission mit ihrem Unterschriftenbogen zu Herrn B. kam, weigerte sich derselbe mit einigen nichts sagenden Redensarten, denselben zu unterzeichnen. Die ganze Sache gewinnt hierdurch ein wesentlich anderes Bild."

Im Fritz Reuter-Theater, das nur noch wenige Tage im Tivoli gastirt, erlebt am Mittwoch das an allen Orten mit großem Beifall aufgenommene heitere Charakterbild "Meine drei Brautens" seine Erstaufführung, das jedenfalls auch hier dem in so kurzer Zeit beliebt gewordenen Ensemble zahlreiche Besucher zuführen wird. Am Donnerstag wird ein lustiger Einakter-Abend veranstaltet, der sicher den vollen Beifall des Publikums finden wird. Zur Aufführung gelangen 3 hochkomische Schwänke: "Ein kleiner Missverständnis", "Die wilde Jagd" und "Der Herr Lieutenant".

Der zoologische Garten hatte am letzten Sonntag trotz des ungünstigen Wetters eine Besucherzahl von ca. 500 aufzuweisen. Dieser verhältnismäßig gute Besuch an einem von schlechtem Wetter heimgesuchten Sonntags beweist, daß das Interesse der Bevölkerung an dem Garten ständig steigt.

Verhütetes Bahnunglück. Am Montag Nachmittag passierte der Travemunder Zug ausfahrend die Eutiner Brücke am Stadtgraben. Plötzlich bemerkte das Zugpersonal, daß ihnen auf demselben Gleise der Eutiner Zug entgegenkommt. Es gelang, die beiden Trains rechtzeitig genug zum Stehen zu bringen. Der Abstand zwischen den beiden Maschinen betrug etwa 10 Meter.

Zu Lübeckischen Bürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen: A. W. Bienert, Professor; C. F. W. Bleibner, Arbeiter; S. W. Harms, Bauinspektor; F. W. Höppner, Arbeiter; F. F. H. Höppner, Schänkmeister; E. L. Klein, Schänk- und Speisewirth; C. A. Kühn, Gastwirth in Borsig; F. J. Marten, Flusschiffereigehülf; F. J. H. Mirow, Arbeiter; F. C. F. Petermann, Arbeiter; W. J. C. Schlichting, Arbeiter; H. H. Schramm, Arbeiter; C. F. Stark, Arbeiter und T. H. Stosz, Kaufmann. Derselben haben am 30. April 1902 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

Entwischen ist Montag Vormittag von der Außenarbeit auf Ringstedthof der Kettendecker Finner, gen. Finner, in der Richtung nach Borrade.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Seitens des Transportarbeiter-Bundes in Hamburg ist wegen Lohnunterschieden die Sperré über die Bille-Brauerei verhängt worden. Bisher wurde nämlich den Kutschern für die Mitnahme von Eis 6 M. wöchentlich extra bezahlt, jetzt will man diesen Betrag um 3 Mark kürzen. Alle Verhandlungen schlugen fehl. In Betracht kommen 73 Kutschere und Stallleute.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Bei einem Feuer in Lilienfeld kamen 3 Pferde und sämtliches Federwie in den Flammen um. Das Wohngebäude des Husners Klees ist vollständig eingeebnet. — Der in Waren in Arbeit stehende Schuhmacher Freitag gab Sonntag Abend gegen 6 Uhr in der Unterwallstraße auf seine frühere Braut, die 18jährige Glaser, fünf Revolver ab; vier gingen fehl, einer traf das Mädchen. Schuhmacher in die Schule. Hinzukommende Leute hielten den Gefallen fest und nahmen ihm die Waffe ab, nachdem derselbe noch versucht hatte, auf sich selbst einen Schuß abzugeben. Man zweifelt an dem Geisteszustand des Schuhmachers. — Durch Ausströmen von Gas erstickte in der Nacht zum Montag in einem Hause am Hammersteindamm in Hamburg eine aus vier Personen bestehende Familie. Nur einem glücklichen Insassen ist es zu schreiben, daß nicht auch eine auf der anderen Etage wohnende achtjährige Familie erstickt ist.

Grenzgang-Siebzehn.

Dienstag, 5. Mai.

Der Schuhmachers verließ gut. Angeführt wurden 200 Pfund, davon vom Herden — vom Säden — Städ. Beute: Geschöpfe — M. Beute — schwere 57—58 Pf. leichte 58—59 Pf. Samen 50—54 Pf. und Früchte 57—58 Pf. pr. 100 Pf.

Fahrräder und Nähmaschinen repariert gut und preiswert. P. Jeske, Fackenburg. Neue und gebrauchte Fahrräder und Nähmaschinen zu jedem Preis. Zubehörtheile billig.

Berlaufe gekochende Magnum-Kartoffeln, 200 Pf. 3 Kr. J. Müller, Schwartzauer Straße 133.

Eine abgeschl. Etage zu vermieten. Hartengrube 24, links. Freundlich möbliertes Zimmer. Schützenstraße 38.

Gutes Logis für ein Mann pro Woche 2

Warenhaus „Hansa“ Lübeck

Breitestrasse 51.

Hemdblasen 1.00
gestreift Tattun, mit steifem Kragen und Manschetten Mf.

Hemdblasen 1.75
geschmackv. u. gestreifte Dessins mit Hältchen u. Einsatz, 2 bis Mf.

Hemdblasen 2.50
Ia. Zephir-Dual, m. Knöpf. u. aufgestepptem Bändchen garniert, 3 25, Mf.

Hemdblasen 3.75
neueste dunkel gestreifte Sachen mit Über-Fältchen Mf.

Seine Battisthblusen 5.25
roth, hellblau, modefarben, mit Durchbruch-Stick, Stk. 6.00, Mf.

Weisse Hemdblusen 3.00
Battist und Muß, geschmackv. Ausführung, 6.25, 4.75, Mf.

Weisse Spitzenkragen 39
neu für Taillenbekleidung aus Muß mit Zwischenstück, 1.05, 70 bis Pg.

Weisse Unterröcke 98
bis zu den elegantesten Sachen 8.00 Mf. bis Pg.

Sonnenschirme 1.00
durchlichtige Waschstoffe 1.75 bis Mf.

Sonnenschirme 1.85
gestreifte u. geblümte Stoffe, halbseid Gloria, 3.20, 2.40 b. Mf.

Sonnenschirme 3.50
mit Spangen-Bolant und Zwischenstück, 4.50, 3.75, Mf.

Sonnenschirme 1.75
schwarzgestreift und geblümmt, 3.50 bis Mf.

Heute sind zum Extra-Verkauf als besonders preiswerth ausgelegt:

Poisen Satin Covercoat-Kleiderstoffe neueste modernste Farben, prima Qualität . Meter 1.60 Mf.

Poisen Waschseide für Blusen, hübsche Streifen-Dessins Meter 1.70 bis 48 Pg.

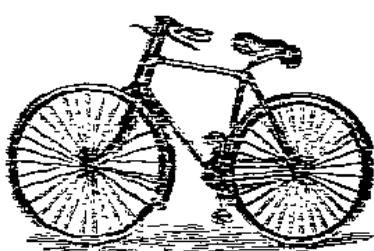
Picnic-Dosen mit Silz, vorgezeichnet Stk. 45 Pg.

Garten-Geräthe für Kinder . . . Stk. 9 Pg.

Strohhüte für Kinder, reichhaltige Auswahl . . . von 48 Pg. an.

Fussmatten 1 Mf. 48, 38, 24 Pg.

Eine Partie hochfeine Herren-Anzüge, sowie einzelne Herren-Hosen aus einer der größten Fabrik Berlins, so nur besser Sachen angefertigt werden, sollen Sie zu Pfingsten zu einem billigen Preise verkauft werden. Es lohnt sich, auf mehrere Jahre im Vor- und zu kaufen.
Marlesgrube 38.



Am Sonntag den 4. Mai erhält wiederum Cito-Brenner den I. Preis, Cito-Halbrenner den II. Preis, Cito-Halbrenner den III. Preis

Der Verstand: E. Bentzien, Ruhm, Fackenburger Allee 52.

Streichfertige Oelfarben Reinh. Büsen Arnimstraße 1a.

Einfache kleinen elegant eingerichteten Salou zum Kosten, Friseur und Haarschneiden.

Herabgesetzte Preise. Saubere u. schnelle Bedienung. Zeitmagazin.

Robert Sasse, Friseur,
Meislinger Allee 2b, beim Lindenplatz.

Möaltung Maurer!

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 7. Mai

abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:

Vereinsangelegenheiten.
In dieser Versammlung mögen die Mitglieder zahlreich anwesend sein.

Der Verstand.

Mitglieder-Versammlung am

Seeleute am Mittwoch den 7. Mai 1902
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Th. Kruse, Unterstraße 60.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bestimmt.
Das gesuchte Ergebnis erhält

Der Verstand.

Koch's Möbelhaus Marlesgrube 45

lieferst besonders preiswerthe und dabei gut

gearbeitete Möbel-Aussteuer zu 140 Mf.

Vorläufig in großer Auswahl sind:

Stühlgarnituren (Wuschel-Sophia und 4

Stühle) für 75 Mf.

Berlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse und damit in kleinen Möbelgeschäfte eine Ueber-

vorstellung stattfindet, mein neu ausgegebenes

Möbelbuch mit naturgetreuen Abbildungen

und Preisen, wonach jeder sich die Aussteuer

selbst annehmen kann und berechnen kann; das-

selbe wird umsofort verabfolgt und auch frei zu-

geleistet.

Achtung!

Berstarbeiterverband

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 7. Mai

Abends 8 1/2 Uhr

Tagesordnung wird in der Versammlung be-
kannt gemacht.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist er-
forderlich.

Der Verstand.

Sanitätsverband der freien Hässkassen Lübecks.

Laut Generalversammlungsbeschluss sind die Herren Dr. med. Reisen-
stuhl, Fleischhauerstr. 46, I., und Dr. med. Hinrichs, Fackenburger

Allee 2b, als Kassenärzte zugelassen.

Der Vorstand.

Centr.-Verband der Zivilmusiker Orieberwaltung Lübeck.

Einladung zum

BALL

am Himmelfahrtstage, 8. Mai

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
abends 6 Uhr. Ende 12 Uhr.

Eintritt 50 Pg.

Das Comitee.

Lübeck-Tivoli. Fritz Reuter-Theater.

Mittwoch den 7. Mai 1902.

Nen! Meine drei Brautens.

Heiteres Characterbild in 4 Att. v. Willy Haase.

Lübeck-Tivoli. Donnerstag den 8. Mai 1902:

Hochinteressanter Einakterabend

1. Ein kleines Wirkverständnis.

2. Die wilde Jagd.

3. Der Herr Lieutenant.

Vorberauf bei: J. H. Lenschau,
Gr. Burgstraße 7 und F. W. Kaibel,
Musikalienhandlung, Breitestr. 35.